

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 20.11.2014
Sitzung Nummer:	5 (KVPA/5/2014)
Sitzungsdauer:	15:32 - 18:28 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Carsten Wulfänger
Vorsitzender

Gabriela Grimm
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Carsten Wulfänger

Mitglieder

Herr Wolfgang Kühnel

Herr Lars Schirmer

Herr Nico Schulz

Herr Eike Trumpf

bis 18.25 Uhr

ab 15.44 Uhr

Stellvertreter

Herr Peter Zimmermann

Vertretung für Herrn Rettig

von der Verwaltung

Frau Dr. Ulrike Bergmann

zeitweise

Herr Dr. Denis Gruber

Frau Susanne Hoppe

zeitweise

Frau Katrin Michaelis

zeitweise

Herr Thomas Müller

zeitweise

Frau Ina Schulze

Herr Sebastian Stoll

Abwesend:

Mitglieder

Herr Günter Rettig

Herr Frank Wiese

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des KVPA und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 4. Sitzung des KVPA vom 16.10.2014
- 6 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 4. Sitzung des KVPA vom 16.10.2014
- 7 Anfragen und Anregungen

Weiterführung der Sitzung gemeinsam mit dem Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss

- 14 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2015 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 065/2014
- 15 2. Berichtserstattung zur Budgetentwicklung (Stand 30.09.2014)
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 062/2014
- 16 Anfragen und Anregungen
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Landrat, Herr Wulfänger, eröffnet um 15.32 Uhr die 5. Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des KVPA und der Beschlussfähigkeit

Der Landrat stellt fest:

- die Einberufung zur Sitzung des KVPA erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 7. November 2014,
- der KVPA ist beschlussfähig; es sind 5 Mitglieder des KVPA sowie der Landrat anwesend. Es fehlen Herr Rettig und Herr Wiese (siehe Seite 1 Anwesenheitsliste).

zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung gibt es von Seiten des KVPA keine Änderungsanträge.

Der Landrat stellt sodann die Tagesordnung fest.

zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

zu TOP 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 4. Sitzung des KVPA vom 16.10.2014

Der Landrat bemerkt, dass keine Einwende zur Niederschrift vorliegen.

Es bestehen auch jetzt keine Wortmeldungen.

Damit stellt der Landrat den öffentlichen Teil der Niederschrift der 4. Sitzung des KVPA vom 16.10.2014 fest.

zu TOP 6 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 4. Sitzung des KVPA vom 16.10.2014

Der Landrat gibt folgende in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 4. Sitzung des KVPA vom 16.10.2014 bekannt:

- Drucksache Nr. 057/2014: „Nach erfolgter Öffentlicher Ausschreibung gem. § 3 VOB/A sowie rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung wird beschlossen, für die Straßenbaumaßnahme des Landkreises Stendal, Hochwasserschadensbeseitigung Ausbau der K 1031, Ortsdurchfahrt Fischbeck, der Firma TAS BAU GmbH aus Brettin den Zuschlag zu erteilen. Die Auftragssumme (brutto) beträgt 442.594,24 EUR. Das Prüfergebnis des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Stendal liegt vor.“
- Drucksache Nr. 058/2014: „Nach erfolgter Öffentlicher Ausschreibung gem. § 3 VOB/A sowie rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung wird beschlossen, für die Brückenbaumaßnahme des Landkreises Stendal, Ersatzneubau der Brücke über den Tauben Aland im Zuge der K 1019, Ortslage Wendemark, der Firma UNIVERSAL-BAU GmbH aus Perleberg den Zuschlag zu erteilen. Die Auftragssumme (brutto) beträgt 298.806,67 EUR. Das Prüfergebnis des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Stendal liegt vor.“

zu TOP 7 Anfragen und Anregungen

Anfragen und Anregungen gibt es keine.

Weiterführung der Sitzung gemeinsam mit dem Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss

**zu TOP 14 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2015 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 065/2014**

Herr Wulfänger leitet zum Tagesordnungspunkt Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2015 über und übergibt das Wort an die Amtsleiterin der Kämmerei, Frau Hoppe.

Zunächst erläutert Frau Hoppe die diesjährige Vorgehensweise bei der Verteilung der Haushaltspläne. So fand im Vorfeld bei den Kreistagsmitgliedern eine Umfrage statt, wer sich dazu bereit erklärt, den Haushaltsplan in digitaler Form, also per E-Mail und nicht in Papierform, zu erhalten. Hintergrund ist der gestiegene Umfang, der unter anderem zu höheren Druckkosten führt. Daraufhin erfolgte die Verteilung der Haushaltspläne in diesem Jahr erstmalig teilweise per E-Mail. Frau Hoppe erklärt, dass diese Methode begrüßt wird und auch künftig auf Wunsch umgesetzt werden soll. Dennoch besteht auch weiterhin die Möglichkeit, den Haushaltsplan in gedruckter Fassung zu erhalten.

Frau Hoppe stellt die vorbereitete PowerPoint-Präsentation vor. Die Präsentation ist dem Ratsinformationsprogramm Session als Dokument beigelegt. Zu Beginn wird näher auf das voraussichtliche Jahresergebnis 2013 eingegangen. Zwar kann es laut Frau Hoppe noch Änderungen auf Grund noch zu tätiger Buchungen geben, jedoch wird sich das präsentierte vorläufige Ergebnis 2013 nicht maßgeblich vom tatsächlichen Jahresergebnis unterscheiden. Für das ordentliche Ergebnis wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 3,2 Millionen Euro angenommen. Hauptursache ist laut Frau Hoppe die Verschiebung der Umschuldung im Rahmen des Förderprogramms STARK II vom Jahr 2013 in das Jahr 2014 wegen der zu hohen Tilgungsbelastung. Laut statistischem Landesamt ist der Tilgungszuschuss, den der Landkreis im Zuge dieses Förderprogramms erhält, als Ertrag im Jahr der Förderung zu buchen. Durch die Verschiebung fehlt dieser Ertrag in Höhe von 2,2 Millionen Euro im Jahr 2013. Auch die über Plan liegenden Abschreibungen führen zu einer Planabweichung in Höhe von 0,5 Millionen Euro. Mit der Fertigstellung der Eröffnungsbilanz liegen nun erstmalig fundierte Zahlen für die Berech-

nung der Abschreibung vor. Zum ordentlichen Ergebnis kommen weitere 1,6 Millionen Euro, die der Hochwasserkatastrophe 2013 zuzuordnen sind, als vorläufiges außerordentliches Ergebnis hinzu, sodass derzeit von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 4,8 Millionen Euro auszugehen ist.

Frau Hoppe fährt mit der Präsentation fort. Als eine Ursache für die Unterschiede der Planzahlen 2015 im Vergleich zu 2014 führt sie an, dass allein durch die Beendigung des Förderprogramms STARK II 3,5 Millionen Euro an Erträgen fehlen.

Herr Kühnel hinterfragt, ob im Zuge der Umstrukturierung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) vom Verbund zum Bedarfssystem der Mehrbedarf, der sich unter anderem aus Hilfen für Asylbewerber und der Schülerbeförderung ergeben wird, nicht hervorgehoben werden kann, um zusätzliche Mittel zu erhalten.

Frau Hoppe erklärt daraufhin, dass die Mehrbelastung in den an das statistische Landesamt zu meldenden Statistiken abgebildet wird und das statistische Landesamt den Mehrbedarf somit erkennen kann.

Herr Wulfänger ergänzt, dass diesen Mehrbedarf alle Landkreise haben und daher fraglich ist, ob der Landkreis Stendal nach der Festsetzung, die auf den Daten von vor 2 Jahren basiert, tatsächlich mehr Mittel aus dem FAG zugesprochen bekommt.

Frau Hoppe fährt mit ihrer Präsentation fort und erläutert die kameralen Fehlbeträge, die unmittelbar mit den Kassenkrediten, also den Krediten, die der Liquiditätssicherung dienen, zusammenhängen. Die Entwicklung zeigt, dass die Höchstgrenze für aufzunehmende Kassenkredite laut Haushaltssatzung in Höhe von 60 Millionen Euro im Jahr 2014 nahezu ausgeschöpft wurde. Hinzu kommt das im Finanzhaushalt 2015 negative Ergebnis in Höhe von 7,7 Millionen Euro, sodass künftig, auch mit Blick auf einen angekündigten Erlass des Landes Sachsen-Anhalt, davon auszugehen ist, dass der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstrahmen der Kassenkredite genehmigungspflichtig sein wird.

Herr Kühnel verweist auf das derzeit niedrige Zinsniveau.

Frau Hoppe erklärt daraufhin die aktuellen Konditionen für Kassenkredite. So konnten kürzlich Kassenkredite zu durchschnittlich 0,24 % aufgenommen werden. Die Problematik besteht jedoch in der Abhängigkeit vom Zinssatz. So erläutert sie, dass im Jahr 2008 deutlich mehr, und zwar insgesamt 1,3 Millionen Euro an Zinsen zu zahlen waren, da der Zinssatz bei 4 % lag.

Herr Dr. Böhme fragt daraufhin, ob für die Kassenkredite keine längere Zinsbindung vereinbart werden kann, um das Zinsrisiko zu minimieren und somit künftig eine gewisse Planungssicherheit zu haben?

Frau Hoppe entgegnet daraufhin, dass Kassenkredite per Gesetz nur der kurzfristigen Überbrückung von Liquiditätsengpässen dienen und eine langfristige Zinsbindung daher dem Gesetz widersprechen würde.

Herr Wulfänger ergänzt, dass der Zinssatz bei längeren Zinsbindungen höher ausfallen würde.

Frau Hoppe fährt mit der Präsentation fort und erklärt die wesentlichsten Faktoren, die zum Volumen der Kassenkredite und somit auch zu einem erhöhten Kassenkreditrahmen in der Haushaltssatzung 2015 in Höhe von 75 Millionen Euro führen.

Herr Prange fragt, wo die Kassenkredite in der Schuldenübersicht abgebildet werden und ob diese in der Pro-Kopf-Verschuldung ausgewiesen werden?

Herr Wulfänger erläutert, dass die Höhe der Kassenkredite aus Gründen der Klarheit in der Präsentation neben den aus langfristigen Darlehen resultierenden Schulden dargestellt wird. In der Pro-Kopf-Verschuldung sind die Kassenkredite jedoch laut Frau Hoppe nicht enthalten.

Im Anschluss erläutert Frau Hoppe anhand der Präsentation die im Haushaltsplan veranschlagten Erträge im Vergleich zum Vorjahr. Im Bereich der Kreisumlage, so Frau Hoppe, ergibt sich durch die Erhöhung auf 43,94 % ein Mehrertrag.

Herr Wulfänger führt an, dass den Fraktionsvorsitzenden Übersichten zur Verfügung gestellt wurden, die die Verteilung der Erhöhung der Kreisumlage in Höhe von insgesamt 500 TEUR abbildet. Allein die Stadt Arneburg trägt einen Anteil in Höhe von ca. 300 TEUR Euro, die Stadt Tangermünde 91 TEUR, sodass sich für die übrigen Gemeinden eine Erhöhung im Bereich um ca. 1 TEUR ergeben wird.

In den nachfolgenden Folien geht Frau Hoppe näher auf die einzelnen Erträge im Haushaltsplan 2015 ein. Bei der Position Auftragskostenerstattung wird im Haushaltsplan davon ausgegangen, dass im Vergleich zu 2014 ca. 2,5 Millionen Euro weniger zu erwarten sind.

Als Prognose für das Jahr 2015 schätzt der Landrat, dass wahrscheinlich in den Bereichen Auftragskostenerstattung und Mehrbelastungsausgleich Asyl Mehreinnahmen zu erwarten sind und man im Gegenzug jedoch bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen eine andere Berechnungsgrundlage verwenden wird, sodass sich saldiert bei den Einnahmen kein positiver Effekt ergeben wird.

Frau Hoppe fährt mit den Aufwendungen des Haushaltsplanes 2015 fort.

Herr Hellmuth führt an, dass im Vorbericht die Erhöhung sowohl der Transferaufwendungen, als auch der sonstigen ordentlichen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr mit gestiegenen Kosten der Unterkunft begründet wird. Er fragt, ob es sich hierbei um einen Fehler handelt?

Frau Hoppe erklärt daraufhin, dass sich die Kosten Leistungen nach SGB II in beiden Aufwandspositionen widerspiegeln und es sich daher um keinen Fehler im Vorbericht handelt.

In den folgenden Folien erläutert Frau Hoppe die einzelnen Aufwendungen näher.

Im Produkt Hilfen für Asylbewerber hinterfragt Herr Kühnel die Bedeutung der Krankenhilfe. So fragt er, ob die Möglichkeit besteht, bei Asylbewerbern zum Zwecke einer kostengünstigeren Behandlung auf einen Umzug hinzuwirken?

Herr Schirmer führt daraufhin an, dass Asylbewerber seit kurzem ihren Wohnort frei bestimmen können.

Frau Hoppe fährt mit ihrer Präsentation fort.

Bei den freiwilligen Leistungen im Haushaltsjahr 2015 hinterfragt Herr Schirmer die Gründe für die gestiegene Umlage für die Gesellschaft für Arbeitsförderung und Sanierung mbH.

Herr Wulfänger erklärt daraufhin, dass unter anderem gestiegene Beiträge zur Berufsgenossenschaft zur Ergebnisverschlechterung der Gesellschaft beitragen. Außerdem geht er näher auf einzelne Maßnahmen ein, die der negativen Entwicklung entgegenwirken sollen. Für den nächsten Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss wird Herr Wulfänger den Geschäftsführer der Gesellschaft, Herrn Rühlmann, einladen, sodass dieser die Situation aktuell näher erläutern kann. Ergebnis des Austausches zu diesem Thema ist, dass das Ziel, die Gesellschaft auf Grund ihrer wichtigen Aufgaben zu halten, weiterhin bestehen bleibt und die zuvor festgelegte Höhe der Umlage in Höhe von 200 TEUR ab 2016 weiterhin gilt.

Im Folgenden erläutert Frau Hoppe den Eckdatenstellenplan näher. So führt sie an, dass für den Bereich Asylbewerber zwar 11 zusätzliche Stellen in 2015 eingeplant werden mussten, jedoch durch Einsparungen in anderen Bereichen nur ein Mehrbedarf von insgesamt 5 Stellen besteht.

Herr Dr. Böhme erfragt, ob bei diesen 11 zusätzlichen Stellen ein Psychologe und ein zusätzlicher Arzt für die Asylbewerber enthalten sind. Er führt an, dass durch die Herkunft aus Krisenregionen teilweise massive psychische Belastungen herrschen, sodass behandelnde Ärzte ohne Behandlung dieser psychischen Belastungen nur gering zur Verbesserung der Situation der Asylbewerber beitragen können. Als eine Lösungsalternative sieht er eine psychologische Betreuung durch Maßnahmen des Gesundheitsamtes. Zwar würde dies zunächst die Kosten steigern, jedoch nach und nach zu einer Senkung der Kosten durch Behandlungserfolge führen.

Herr Wulfänger entgegnet daraufhin, dass die Behandlung ohne das kassenärztliche System nicht geleistet werden kann und dass der Landkreis Stendal seit einigen Jahren unbesetzte Stellen in diesen Bereichen hat und es daher auch schwer sein wird, für diese Fälle einen Arzt zu finden.

Frau Hoppe geht darauffolgend auf die genaue Aufteilung der neuen Stellen ein.

Dazu ergänzt der Landrat, dass ca. pro 100 Asylsuchenden in der Gemeinschaftsunterkunft 1 Stelle eingeplant wurde. Im Jahr 2015 geht man von insgesamt zusätzlichen 500 Asylbewerbern aus, die zusätzlich eine Verwaltungskraft erforderlich machen, sodass sich insgesamt 6 zusätzliche Stellen in der Gemeinschaftsunterkunft ergeben.

Herr Dr. Böhme fragt daraufhin, wie viele Kinder eingeplant wurden?

Herr Wulfänger erklärt, dass es hierzu bereits Hochrechnungen gegeben hat, da dies Auswirkungen auf Kindertagesstätten und Schulen haben wird. Dies führt unter anderem dazu, dass die Sekundarschule "Wladimir Komarow" Stendal wieder in das Förderprogramm STARK III aufgenommen werden konnte, da hier die Mindestzahl an Schülern in Höhe von 240 wieder erreicht werden kann.

Anschließend fährt Frau Hoppe mit der Präsentation fort, indem sie die geplanten Investitionen 2015 vorstellt.

Herr Dr. Böhme fragt, ob die gestiegene Anzahl an Asylbewerbern auch dazu führt, dass die Grundschule „Petrikirchhof“ wieder in das Sanierungsprogramm der Stadt aufgenommen werden kann?

Herr Wulfänger erläutert daraufhin, dass der Landkreis Stendal mit der Stadt Stendal als Träger der Schule in Kontakt steht.

Herr Schirmer bittet um Zusendung der Präsentation zum Haushaltsplan 2015 vor der Niederschrift.

Frau Hoppe wird ihm die Präsentation zur Verfügung stellen.

Zum Abschluss merkt Herr Prange an, dass die Kommunen nicht mehr arbeitsfähig sind und die kommunale Selbstverwaltung nicht mehr besteht.

Abschließend stellt Herr Wulfänger fest, dass insgesamt nicht ausreichend Mittel im FAG enthalten sind und das alle, ob Kommune oder Landkreis, mit fehlenden Mitteln zu kämpfen haben.

Für den Haushaltsplan werden die Änderungsblätter zum 11.12.2014 fertiggestellt. Außerdem werden das Haushaltskonsolidierungskonzept und Bewirtschaftungsgrundsätze noch nachgereicht.

Herr Schirmer fragt, bis wann die Unterlagen nachgereicht werden?

Herr Wulfänger legt als Termin den 11.12.2014 fest.

Weitere Anfragen und Hinweise bestehen nicht.

zu TOP 15 2. Berichtserstattung zur Budgetentwicklung (Stand 30.09.2014)
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 062/2014

Die vorbereitete PowerPoint Präsentation wird von Frau Michaelis vorgestellt. Laut der 2. Budgetprognose wird ein negatives ordentliches Ergebnis in Höhe von 626,3 TEUR angenommen. Die Abweichung vom geplanten ordentlichen Ergebnis in Höhe von 77 TEUR positiv wird hauptsächlich durch höhere Abschreibungen verursacht. Mit Fortschreiten der Erstellung der Eröffnungsbilanz konnte erstmalig eine Hochrechnung auf realistischen Zahlen erfolgen. Die Ergebnisse der Hochrechnung zeigen, dass der Saldo aus den Erträgen aus der Auflösung aus Sonderposten und der Abschreibungen das Haushaltsjahr im Vergleich zum Planansatz um 1,5 Millionen Euro zusätzlich belasten. Diese Belastung sowie der Mehrbedarf, der sich hauptsächlich aus den Bereichen Grundsicherung für Arbeit und Asyl ergibt, kann durch Mehreinnahmen nach dem FAG in Höhe von 1,9 Millionen Euro derart abgefangen werden, dass sich das negative ordentliche Ergebnis auf ca. 600 TEUR belaufen wird.

Das Hochwasser 2013 wird zwar auch Einfluss auf das Jahresergebnis 2014 insgesamt haben, jedoch spielt es in der Budgetprognose nur eine untergeordnete Rolle. So spiegeln sich Aufwendungen und Erträge im außerordentlichen Ergebnis wieder. Dieses ist seiner Bestimmung nach nicht vorhersehbar und auch nicht vollumfänglich steuerbar, sodass es auch nicht zum Zweck der Budgetprognose, der in der Auswertung der Wirtschaft des laufenden Haushaltsjahres liegt, betrachtet wird.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 16 Anfragen und Anregungen

Weitere Anfragen und Hinweise bestehen nicht, sodass Herr Wulfänger den öffentlichen Teil der Sitzung beendet.

Die Sitzung ist somit auch für den Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss beendet.